

Antrag

Hannover, den 29.09.2020

Fraktion der FDP

Niedersachsen muss jetzt die Chancen für einen Offshore-Weltraumbahnhof prüfen und vorantreiben!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Bedeutung der Satellitentechnik und das Vorhandensein von Satellitennetzen werden zunehmend wichtiger für zivile Anwendungen und haben inzwischen den Status einer kritischen Infrastruktur erreicht. In Deutschland werden Satelliten, Kleinsatelliten, Komponenten von und für Raketen sowie Klein-Raketen, sogenannte Microlauncher, entwickelt und demnächst gebaut. Luft- und Raumfahrtunternehmen sowie Forschungseinrichtungen sind auch in Norddeutschland aktiv. Neben etablierten Unternehmen und Einrichtungen spielen auch Start-up-Unternehmen (Start-ups) eine zunehmende Rolle in der deutschen und europäischen Raumfahrt. Im November 2018 veranstaltete die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) in Paris eine Netzwerkveranstaltung zur Unterstützung von Innovationen und Entrepreneurship im europäischen Weltraum. Es ging und geht um neue Microlaunch-Dienste in Europa für Industrie, Investoren und Institutionen. Im Oktober 2019 forderte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Errichtung eines Weltraumbahnhofs in Deutschland. Eine konkrete Bedarfsanalyse mit Handlungsempfehlungen des BDI liegt aktuell zur Prüfung bei der Bundesregierung. In der Bedarfsanalyse heißt es „Eine deutsche Startplattform ist technisch machbar, strategisch und wirtschaftlich sinnvoll. Die Realisierung ist somit eine politische Entscheidung und keine technische Frage“ (*Deutscher Startplatz für Microlauncher*, BDI, August 2020) und weiter „Ziel einer Startplattform in der Nordsee ist es, das New Space-Ökosystem und insbesondere Start-ups zu stärken, Voraussetzungen für Wettbewerb zu schaffen, der Bundesregierung neue strategische Handlungsoptionen zu eröffnen und damit auch einen Beitrag zur Stärkung europäischer Souveränität zu leisten“ (ebenda).

Das Land Bremen hat sich bereits wie folgt positioniert „Für das Land Bremen ist eine Microlauncher-Plattform eine gute Perspektive, weil sich hier Raumfahrtkompetenz mit Offshore Technologie verbindet“, sagt Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke). Insbesondere Bremerhaven verfüge über beste Voraussetzungen für die vorbereitenden Montagearbeiten. Hier würden nicht nur die Schiffe starten, auch die Raketen, die aus Süddeutschland kämen, müssten vorbereitet und mit den Satelliten bestückt werden“ (https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-wirtschaft_artikel,-wie-bremerhaven-von-raketenstarts-profitieren-koennte-_arid,1933304.html). In der Bremer Bürgerschaft fand zudem am 16.09.2020 eine Aktuelle Stunde „Luft- und Raumfahrtstandort Bremen stärken - Bremerhaven muss Versorgungshafen für den Weltraumbahnhof in der Nordsee werden“ statt. Während sich also die Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft sowie der Bremer Senat hinter der Idee und den damit verbundenen Potenzialen und Chancen eines Startplatzes für Kleinraketen in der Nordsee positioniert haben, fällt die Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf die Anfrage „Ist ein Weltraumbahnhof auf oder an der Nordsee ein Thema bei der Landesregierung?“ in der Drucksache 18/7418 ernüchternd aus. Die Berichterstattung im *Weser Kurier* vom 15.09.2020 „Niedersachsens Regierung hat noch keinen Plan vom Weltraumbahnhof in der Nordsee“ (https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-wirtschaft_artikel,-niedersachsens-regierung-hat-noch-keinen-plan-vom-weltraumbahnhof-in-der-nordsee-_arid,1933901.html#comments) bringt den aktuellen Wissensstand auf den Punkt.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf,

1. die Passivität beim Thema Startplatz für Microlauncher aufzugeben,
2. parallel zum Bundeswirtschaftsministerium das Konzept des BDI zu prüfen,

3. mit der Bundesregierung (BMWi) und dem Bremer Senat eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Chancen, Potenziale und erforderlichen Voraussetzungen für die Realisierung eines Startplatzes für Microlauncher festzustellen und den politischen Willensbildungsprozess hierzu zu führen,
4. sodann zusammen mit dem Bremer Senat, der Bundesregierung, dem BDI und BDLI sowie den interessierten Start-ups und Unternehmen eine einheitliche und zeitgerechte Vorgehensweise zu entwickeln und Hindernisse zu identifizieren sowie
5. parallel und zusammen mit den Akteuren des privatwirtschaftlichen Betreibermodells für die Startplattform in die erforderlichen Planungen und Verfahren einzusteigen und diese zu begleiten.

Begründung

Die Raumfahrt hat strategische Bedeutung für Deutschland und Europa und entwickelt sich fortwährend zu einem privatwirtschaftlichen Wirtschaftsbereich. Insgesamt trägt NewSpace zur Stärkung der deutschen Wirtschaft bei und ist ein wichtiger Baustein der Industrie 4.0. Der Bau und Betrieb eines Startplatzes für Kleinraketen (Microlauncher) zum Transport von Kleinsatelliten wird in naher Zukunft erheblich an Bedeutung gewinnen, weil der Bedarf an Kleinsatelliten in den kommenden Jahren exponentiell steigen wird. Das Wissen und die Möglichkeiten für den Bau dieser Satelliten, der Kleinraketen (Microlauncher) sowie einer Startplattform sind in Deutschland vorhanden, wir sind hier in Europa führend. Damit das vorhandene Wissen und der damit verbundene Vorsprung und Wettbewerbsvorteil nicht abwandern / verloren gehen, ist jetzt die politische Flankierung zur Schaffung eines Startplatzes für Kleinraketen erforderlich. Was Tesla in und mit Brandenburg schafft, müssen Bremen und Niedersachsen in Norddeutschland schaffen - den Bau und Betrieb innovativer Industrieprodukte in einem schlanken Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 30.09.2020)